

Christliche Sozialbewegung in der Bewährung

Überall auf der Welt suchen Menschen nach einer Ordnung, in der sie nicht nur als Arbeitskraft „geschätzt“ und als Objekt der Gewinnmaximierung „genutzt“ werden. In den Vereinigten Staaten von Amerika und in Südkorea, Spitzenländer des neoliberalen „Fortschritts“, streiken Arbeitnehmer nicht für mehr Lohn – wie üblich, sondern gegen prekäre Arbeitsverhältnisse: beim „United Parcel Service“ (UPS), einem der größten Paketdienste der Welt zum Beispiel, gegen Teilzeit und Befristung. In Frankreich wird die Lockerung des Kündigungsschutzes von einer gewaltigen Protestbewegung vom Tisch gewischt. Konferenzen der Welthandelsorganisation werden vom wütenden Widerstand von Hunderttausenden begleitet. In Lateinamerika fällt ein Land nach dem anderen aus der Hegemonie des Internationalen Währungsfonds und der USA.

Die Reduzierung des Menschen auf einen Kostenfaktor, die Verwirtschaftung der Gesellschaft, die Monetarisierung aller Lebensbeziehungen hält niemand auf Dauer aus. Die schönsten Sachen der Menschen – Liebe, Freundschaft, Großzügigkeit, Anerkennung, Heimat, Nachbarschaft, Kollegialität – sind unbekannte Begriffe im neoliberalen Wörterbuch. Lebenslange Arbeitsverhältnisse sind ebenso von gestern wie lebenslange Ehepartnerschaften. „Alles fließt“ und nichts ist fest. Neu muß es sein, wenn etwas gelten soll. Dabei wird das Neue vom Neuesten überholt. Alles Beständige verdampft, alles Dauerhafte wird aufgelöst. Die neue Dreifaltigkeit des Neoliberalismus heißt: „Mobilisierung, Flexibilisierung, Deregulierung“.

Wer etwa in der CDU die Frage stellt, ob vielleicht in der „gestrigen Sozialpolitik“ auch etwas richtig oder gar gut gewesen sei, gerät schnell ins Museum für politische Altertümlichkeiten. Die neoliberale CDU hat 2005 das zweitschwächste Wahlergebnis ihrer Geschichte eingefahren, und das gegen eine Regierung Schröder, die am Boden lag. So ist das eben: Der Beifall von Arbeitgeberverbänden und den ihnen angeschlossenen Professoren, Lobbyisten und Wirtschaftsredakteuren ist eben noch nicht die Zustimmung der Wähler. Das war eine folgenschwere Verwechslung. Zur Ironie dieses neoliberalen Selbsterfahrungsexperiments der CDU gehört, daß die, welche penetrant vor der Sozialdemokratisierung der CDU warnen, und die Sozialausschüsse meinten, jetzt mit der SPD regieren müssen. Wer nach rechts rückt, wird von links regiert.

Doch bitte keine Almosen oder gar Beileidsbesuche bei der Christ-Demokratischen Arbeitnehmerschaft! Ihre Zeit kommt wieder. Die neoliberale Vorhut ist be-

reits die Nachhut der Entwicklung. Sie haben es nur noch nicht gemerkt. Weltweit ist eine tiefe Sehnsucht nach Orientierung in dem Trubel der Veränderung aufgebrochen. Die Neoliberalen stehen mit leeren Händen da. Das Zeitalter der Schausteller und Finanzjongleure geht zu Ende. Erfahrungen sind Lehrmittel, mit denen man klüger werden kann. Das ist die Chance für eine Politik, die aus den Impulsen der Christlichen Soziallehre gespeist wird. Der Neoliberalismus war der historische Pendelschlag gegen den kollektivistischen Sozialismus, wie dieser das Gegenstück zum Kapitalismus war. Die Gesellschaft bewegt sich offenbar in Sprüngen, solange sie nicht in der Mitte relative Stabilität erlangt.

In der Mitte zwischen Kapitalismus und Sozialismus ist die Christliche Soziallehre angesiedelt, welche die Irrtümer des Kollektivismus wie des Individualismus zu vermeiden sucht. Nie waren die Chancen für die Christliche Soziallehre größer als heute. Über 100 Jahre hatten Kapitalismus und Sozialismus in der Welt Zeit zu beweisen, was sie können. Sie haben es unter allen möglichen Bedingungen versucht. Die Schleifspur des Sozialismus ist blutgetränkt. Hinter dem Triumphzug des Kapitalismus humpeln die verelendeten Massen in Afrika, Asien und Lateinamerika. Die Spaltung in Reich und Arm vertieft sich auch in den westlichen Wohlfahrtsländern.

Nie in den letzten 100 Jahren klafften die Einkommen der „oberen Zehntausend“ und der unteren Millionen in den entwickelten Industrieländern so weit auseinander wie jetzt. Die Spitzenverdiener sind inzwischen bei der Rekordmarke des 500fachen Einkommens der Normalverdiener angekommen. Managergehälter – auch hierzulande – explodieren. Arbeitslöhne stagnieren bzw. degenerieren zu unsicheren Einkommen. Die 358 reichsten Familien der Welt besitzen so viel wie die Hälfte der Menschheit.

Wer den Ekel an einer solchen Welt mit Neidkomplexen erklärt, ist ein Zyniker und Verächter der Gerechtigkeit. Die Reichen sind nicht zu ihrem Reichtum gekommen, weil sie abends ein Fläschchen Bier weniger getrunken und wochentags ein paar Stunden mehr gearbeitet hatten. Der Abstand ergibt sich nicht aus der Differenz von Fleiß und Sparsamkeit, welche die Christliche Soziallehre als primäre Rechtfertigung des Eigentums ausgibt. Nein! Die Kluft ist das Ergebnis brutaler Ausbeutung. Der neoliberale Kapitalismus spaltet die Welt. Verzweifelt rufen die Menschen nach Gerechtigkeit.

Der Sozialstaat war die erste institutionelle Gegenwehr gegen den blinden Kapitalismus. Er zähmte die Marktwirtschaft. Ohne Sozialstaat ist die Marktwirtschaft weder erträglich noch funktionsfähig. Wer dies bezweifelt, kann sich die Ergebnisse der „Marktwirtschaft pur“ in Rußland ansehen. Der versprochene Wohlstand kann an der Riviera oder in Zypern besichtigt werden, wohin die Russen-Mafia ihre Milliarden verschob. Das Volk ging leer aus. Der Sozialstaat ist die Überlebensbedingung der Marktwirtschaft.

Ist Veränderung schon alles?

Unter dem Dach der Reformer versammeln sich vornehmlich Leute, die nach Veränderung verlangen. Als Teil der Arbeiterbewegung ist die christlich-demokratische Arbeitnehmerschaft über Generationen geübt, den Fortschritt in der Veränderung zu suchen. Es galt, die Privilegien einer bürgerlichen Gesellschaft abzubauen, welche das Proletariat vor der Tür des Staates stehen ließ. Die reaktionäre Obrigkeit mußte vom Podest geholt werden, um Demokratie und Sozialstaat die Bahn zu ebnen. Die Sozialversicherung – von der Renten- bis zur Pflegeversicherung – trägt eine christlich-soziale Handschrift.

Immer galt es, Altes durch Neues zu ersetzen. Über 100 Jahre ging der Kampf um Emanzipation und Fortschritt. Aber vielleicht verlangt die Zeitenwende von den Christlich-Sozialen jetzt nicht nur an der Front der Veränderung zu kämpfen, sondern auch, sich im Kampf um die Erhaltung des Erhaltenswerten zu engagieren. Das „Erhalten“ wird zur neuen Mutprobe. Das ist ungewohnt. Darauf sind wir nicht ausreichend vorbereitet, zumal die Veränderung mehr Glanz abstrahlt als die Erhaltung. In den Turbulenzen der Zeitenwende den Sinn für das Erhaltenswerte zu bewahren ist jedoch konservativ im besten Sinn. Wir rennen uns sonst wie die Ratten in der Trommel im rasenden Stillstand zu Tod. Wofür treten Christ-Soziale ein? Was war gestern richtig und wird es morgen auch noch sein?

Der Mensch ist Gottes Geschöpf. In der Gottesebenbildlichkeit gründet die Würde des Menschen. Die Würde des Menschen ist unbezahlbar: Der Mensch hat keinen Preis, er ist nicht austauschbar. Immanuel Kant verteidigte diese christliche Einsicht: „Was einen Preis hat, an dessen Stelle kann auch etwas anderes als Äquivalent gesetzt werden; was dagegen über allen Preis erhaben ist, mithin kein Äquivalent erstattet, das hat eine Würde.“

Kein wirtschaftlicher Erfolg kann die Verachtung der Menschenrechte kompensieren. Die Menschenrechte, die immer und überall gelten, sind nicht staatlich zugeteilt, sondern gottgegeben. Menschenrechte sind unbezahlbar. Es gibt auf der ganzen Welt keine denkbare Rechtfertigung, Menschen zu entwürdigen und zu foltern. Das ist nicht so erbaulich wie es klingt, sondern von einer scharfen Konsequenz, die sich ebenso gegen George W. Bush (Guantanamo) wie Wladimir Putin (Tschetschenien) richtet.

Die Welt ist Gottes Schöpfung. Die Erde ist uns anvertraut. Es ist uns nicht freigestellt, Gottes Schöpfung zu ruinieren. Die Sorge um ihre Erhaltung übertrifft unsere Lebenszeit. Wir stehen in Pflichten auch für nachfolgende Generationen. Die Schöpfung ist nicht der Schuttablageplatz eines rücksichtslosen Fortschritts.

Wenn der Energieverbrauch der Menschheit pro Kopf so hoch wird, wie er in der westlichen Zivilisation zur Sicherung ihres Wohlstands eingesetzt wird, geht der Menschheit die Luft zum Atmen aus. China meldet monatlich neue Verseuchungskatastrophen. Luft, Wasser und Boden werden vergiftet. Der Mensch ist weniger

wert als die Kohle. Jährlich verunglücken 6000 Bergleute tödlich in chinesischen Bergwerken. Der neoliberal bewunderte wirtschaftliche Aufstieg Chinas ist kein Vorbild für die Zukunft der Menschheit, so wenig wie ein westliches Modell, das nur „Mehr – Höher – Weiter“ kennt.

Die Arbeit ist Auftrag Gottes. „Macht euch die Erde untertan“ – so lautet der erste Arbeitsvertrag. Dieser Arbeitsvertrag ist das Angebot zur Teilhabe an der Schöpfung. Es gilt allen Menschen. Arbeitslosigkeit widerspricht dem Teilhaberecht an der Schöpfungsordnung. Die Christliche Soziallehre hat immer am Vorrang der Arbeit vor dem Kapital festgehalten. Das Kapital ist nur Instrument des Produktionsprozesses, die Arbeit aber seine Wirkursache. Die Bedeutung der Arbeit geht über das Wirtschaftliche hinaus. Mit der Arbeit produziert der Mensch nicht nur Güter, sondern in der Arbeit verwirklicht er auch sein Wesen. Die kapitalistische Wirtschaftsordnung stellt die Hierarchie der Werte auf den Kopf. Papst Johannes Paul II. hat dies in seiner Enzyklika „Laborem Exercens“ (1981) als Irrtum des Ökonomismus gegeißelt. Eine Wirtschaftsordnung, welche die Arbeit lediglich als Produktionsmittel behandelt, verletzt die Würde des Menschen.

Die Rendite zahlt der Arbeitnehmer

Der Finanzkapitalismus hat sich von der Arbeit emanzipiert. Der Börsenwert der Aktien betrug 2004 weltweit gut 37 Billionen Dollar. Wenn der Kurswert sich an einem Tag um ein Prozent ändert, werden 370 Milliarden verschoben. Das ist das Dreifache, was an diesem Tag an Löhnen auf der Welt gezahlt wird. Das spekulative Finanzkapital umkreist den Erdball ohne Beziehung zur Wertschöpfung und zu realen Gütern, getrieben lediglich von spekulativem Gewinn. Dabei sind die Gewinnchancen offenbar um so größer, je mehr Arbeitnehmer entlassen werden. Eine Wirtschaftsordnung, die Entlassungen regelmäßig mit Gewinnsteigerung prämiiert, ist ein Schlag ins Gesicht jeglicher Vernunft, die sich auf Humanität beruft. Sie wird keinen Bestand haben. Die Weltwirtschaft, die als globale Olympiade organisiert ist, in der der Billigste die Goldmedaille gewinnt, ruiniert sich selber, denn auf die Spitze getrieben gibt es niemanden mehr, der die Güter kaufen kann, die so billig produziert werden.

Unternehmen werden verkauft, gekauft, fusioniert, filetiert. Sie werden auf Kredit gekauft, und die Gekauften zahlen die Schulden ab. Der Gekaufte also zahlt den Kaufpreis: „Ball paradox!“ Vodafone kauft Mannesmann. Beahlt haben die Mannesmann-Aktionäre mit Hilfe des Aktienaustauschtricks, bei dem Vodafone mit Aktien um sich geworfen hat wie mit „Kamellen“. Nach der Transaktion haben die neuen Herren Kasse gemacht und filetierte Teile von Mannesmann verkauft. Arbeiter wurden bewegt wie Figuren im Mensch-ärgere-Dich-nicht-Spiel. In dieser Wirtschaftsordnung geht jede Anerkennung, auf die Menschen angewiesen sind, verloren.

Die Friedrich Grohe AG, ein sauerländisches Familienunternehmen, das Armaturen für die ganze Welt produziert, wurde 1999 für 900 Millionen Euro vom britischen Finanzinvestor BC Partners übernommen. Schon fünf Jahre später verkaufte der neue Eigentümer die Firma Grohe für 1,5 Milliarden Euro weiter. Der neue Vorstandschef David Haines, ein ehemaliger Vodafone-Manager, von McKinsey beraten, kündigte bei Amtsantritt als erstes drastische Kostensenkungsmaßnahmen an. Das Unternehmen erwirtschaftete eine satte Rendite von 20 Prozent (!). Sie sollte auf 28 Prozent gesteigert werden. Warum? Die neuen Besitzer haben sich ihre Kredite, mit denen sie den Erwerb bezahlten, aus dem erworbenen Unternehmen geholt, indem sie dieses in die Schulden trieben, welche jetzt die Arbeitnehmer abarbeiten sollen: Der Gehenkte zahlt die Kosten seiner Hinrichtung.

Der Prototyp des flexiblen Arbeitnehmers ist der Tagelöhner: jederzeit einsetzbar, immer abrufbar, aber heimatlos und einsam ohne Ehe und Familie. Schon aus der Bibel wissen wir, daß die Tagelöhner schutzloser waren als die Sklaven, denn deren Arbeitskraft mußte auf längere Zeit erhalten bleiben, die der Tagelöhner nur an dem Tag, an dem sie gebraucht werden. Maschinen muß man noch warten und pflegen, Tagelöhner nicht. Sie sind nur während der „Laufzeit“ wertvoll. Befristete Arbeitsverhältnisse, kapazitätsorientierte Arbeitszeit, Arbeit ohne Kündigungsschutz entsprechen einer Gesamtstrategie, die zurück zu den Job-Nomaden führt. So schwinden Fürsorge und Treuepflichten aus dem Arbeitsleben. Den Rest besorgt der Staat, der die sozialen Versorgungsleistungen zu erbringen hat. So produzieren die neoliberalen Entstaatlicher entgegen ihren lautstarken Worten mehr Staat. Nicht jeder, der „Herr“ sagt, kommt ins Himmelreich, und nicht jeder, der „Wohlstand“ sagt, meint auch den der anderen.

50 Prozent der Fürsorge-Empfänger in den USA haben einen Job. Was lehrt das Beispiel? Sie können von ihrem Job nicht leben. Arbeit, von der man sich nicht ernähren und leben kann, bringt sich selbst um ihre gesamte wirtschaftliche Funktion, weil es in ihrer Logik liegt, ohne den Umweg über Arbeit direkt zum Sozialamt zu gehen, welches das Existenzminimum sicherstellt.

Arbeit – verlässlicher Grundstein der Sozialpolitik

Die beitragsbezogene Sozialversicherung steht der Christlichen Soziallehre näher als ein System der privatisierten Eigenvorsorge und der steuerfinanzierte Versorgungsstaat. Die liberale Privatisierung der sozialen Risiken hat keine Antwort für die Kranken, Arbeitslosen, Pflegebedürftigen, Kinderreichen. Wer bezahlt deren Privatversicherung? Die steuerfinanzierte Fürsorge koppelt den Solidaritätsanspruch von der Vorleistung durch Beiträge völlig ab, so daß der Hilfsbedürftige gänzlich auf die wohlwollende Zuteilung des Versorgungsstaates angewiesen ist. In der beitragsfinanzierten Sozialversicherung werden Ansprüche weitgehend erar-

beitet. Sie ist eine Institution der subsidiären Solidarität. Ihr gesellschaftspolitischer Standort liegt zwischen Individualismus und Kollektivismus. Die Beitragsfinanzierung der Sozialversicherung ist eine Organisation der Hilfe zur solidarischen Selbsthilfe. Diese beitragsbezogene Sozialversicherung muß nun wieder wie zu ihrer Gründerzeit gegen Rechts und Links verteidigt werden. Die einen privatisieren soziale Sicherheit, die andern wollen sie verstaatlichen.

Eine Sozialpolitik, die immer stärker Steuern und Staat zu Hilfe ruft, provoziert entgegen den Erklärungen ihrer Promotoren mehr interpersonale Umverteilung als ein auf Beitrag basierendes Sozialversicherungssystem, das dem Äquivalenzprinzip der Tauschgerechtigkeit nahesteht und deshalb eine größere Affinität zur Marktwirtschaft hat als jede steuerfinanzierte Rente oder Krankenversicherung. So entpuppt sich ein steuerfinanzierter Sozialstaat zu guter Letzt als kollektive Bedürfnisprüfungsanstalt, die ständig feststellen muß, wer reich und wer arm ist. Die beitragsbezogene Sozialversicherung interessiert sich dagegen nur für die Vorleistung des Leistungsberechtigten. Alle Erfahrungen zeigen, daß Sozialsysteme, die mit Steuereinnahmen finanziert werden, anspruchs- und manipulationsanfälliger sind. Die Leistungsgerechtigkeit hat sich jedenfalls aus ihnen verabschiedet. Beitragsbezogene Sozialsysteme sind ein Instrument solidarischer Selbsthilfe, steuerfinanzierte versorgungsstaatliche Zuweisungen.

Letzenendes werden alle Ansprüche aus der Arbeit finanziert. Sie ist die Quelle allen Wohlstands. Das wußte schon Adam Smith, der „Erfinder“ der Marktwirtschaft. Den Sozialstaat von der Arbeit abzukoppeln, könnte sich zur großen Illusionsnummer der Reformer entwickeln. Selbst wenn Arbeitgeber von Beitragspflichten befreit werden, werden sie zwar aus den Zahlpflichten entlassen, aber keineswegs aus den Traglasten. Zahl- und Traglasten sind nämlich zweierlei. Wenn die Arbeitnehmer den Arbeitgeberbeitrag übernehmen müssen, werden sie die höhere Belastung nicht ohne jede Kompensationsversuche in den Lohnverhandlungen hinnehmen. Wohin käme auch eine Volkswirtschaft, in der die Maseneinkommen über Nacht um 20 Prozent sinken? Bei der Riester-Rente läßt sich studieren, daß die Beitragsbelastung der Arbeitnehmer größer geworden ist, als sie bei der Rentenversicherung geblieben wäre. Arbeitgeber freuen sich zu früh, wenn sie glauben, die Freistellung vom Arbeitgeberbeitrag würde sie auf Dauer entlasten.

Ob die Sozialversicherung an das Kapital oder an die Arbeit anknüpft, ist mehr als nur eine sozialpolitische Frage. Es ist auch die Entscheidung, an welcher Leitgröße sich die Gesellschaft orientiert. Die Arbeit hat die größere Nähe zur Person als die tote Sache Kapital. Arbeit ist Teil der menschlichen Selbstverwirklichung und ist deshalb eine andere Art von „Reichtum“ als der, welcher an der Börse gezählt wird. Die Vereinigten Staaten von Amerika und die Bundesrepublik Deutschland liefern mit der unterschiedlichen Anbindung ihrer sozialen Sicherungssysteme auch das Anschauungsmaterial für die gesellschaftliche Entwick-

lung, je nach dem, ob Arbeit oder Kapital die soziale Sicherheit fundiert. Die deutsche arbeitsbezogene Umlagefinanzierung bietet die höchsten Erträge, wenn es der Arbeit gut geht, die kapitalgedeckten, wenn die Kapitalrendite maximiert wird. Entlang dieser Maximierungsstrategien entwickelten sich die beiden Volkswirtschaften.

Einkommenserhöhungen in den USA bewegen sich seit Mitte der 60er Jahre in der Nähe der Inflationsrate. Produktivitätsgewinne verblieben in den Unternehmen und trieben die Gewinne in die Höhe. Die volkswirtschaftliche Sparquote blieb gering. Im Durchschnitt war sie nur halb so hoch wie in Deutschland. In Deutschland nahmen die Arbeitnehmer stärker durch ihre Arbeitseinkommen an der volkswirtschaftlichen Entwicklung teil, in den USA stärker mit Hilfe der Pensionsfonds an der Gewinnentwicklung – wenn sie Glück hatten. Von 132 000 Pensionsfonds überlebten in den USA 36 000. Die Arbeit ist der verlässlichere Grundstein der Sicherheit als das Kapital.

Arbeit als Vermögensform

Angesichts des Elends in der Welt, das weggearbeitet werden muß, ist die Annahme, daß uns die Arbeit ausginge, eine verwegene These zynischer Wohlstandskinder. Eher leidet die Welt unter einem Kapitalüberfluß als an einem Arbeitsmangel, jedenfalls, wenn es mit rechten Dingen zugeht und Arbeit nicht nur auf das Herstellen eingeschränkt wird, sondern auch eine Praxis umschließt, die Handeln als Dienstleistung füreinander umfaßt.

Die modernste Vermögensform ist die Arbeit. In der Wissensgesellschaft nimmt die Bedeutung des Kapitals ab: Schon heute wird der Anteil von Innovation und Qualifikation an der unternehmerischen Wertschöpfung auf bis zu 80 Prozent geschätzt. Die Köpfe und Hände der Menschen sind der Reichtum unserer postindustriellen Gesellschaft. Soziale Sicherheit statt an Arbeit an Kapital zu koppeln, ist der Versuch, sich an einen abgefahrenen Zug anzuhängen. Das Finanzkapital geht einer turbulenten Zukunft entgegen. Keine Weltwirtschaft hält es auf Dauer aus, sich von Arbeit und realen Gütern abzuhängen. 95 Prozent der Dollarbillionen, die ständig den Besitzer auf der globalen Datenautobahn wechseln, haben mit der Realität nichts zu tun. Sie sind virtuell. Diesen Gespenstern soziale Sicherheit anzuvertrauen, ist globale Geisterfahrrerei.

Der Scheideweg, vor dem sich der Sozialstaat befindet, trennt zwischen einer Sozialpolitik, die sich dem Staat an den Hals wirft und damit von seinen Steuereinnahmen abhängig wird und einer Sozialpolitik, die Solidarität subsidiär organisiert. Der Pfad der Christlichen Soziallehre verweist auf weniger Staat, mehr Sozialversicherung, weniger Gesetzgebung, mehr Selbstverwaltung und mehr Tarifautonomie. Subsidiarität ist eine Form sozialer Eigenverantwortung.

Gerechtigkeit – ein Maßstab der Politik

Die Christliche Soziallehre ist kein Feuilleton für neoliberale Essayisten und schönredende Lobbyisten. Die Christliche Soziallehre gründet auf einer normativen Prinzipienordnung. Gerechtigkeit ist ein Zentralbegriff der Christlichen Soziallehre. Sie weist den Prinzipien ihren Platz an. Auch die Freiheit bleibt ihr untergeordnet. Es läßt sich eine Freiheit ohne Gerechtigkeit denken. Im Tierreich funktioniert es so: Der große Fisch frißt den kleinen. Gerechtigkeit ohne Freiheit gibt es nicht. Sie wäre eine Form der Unterdrückung, die der Gerechtigkeit widerspricht.

Gerechtigkeit ist weder neu noch alt. Auch durch „mehr Freiheit“ wird die Gerechtigkeit nicht „neu“. Deshalb ist der Slogan: „Neue Gerechtigkeit durch mehr Freiheit“ ein Produkt der Marketingindustrie und nicht Ausdruck Christlicher Soziallehre. Christlich-demokratische Begriffsjongleure offenbaren mit ihren saloppen Sprüchen ihre Gedanken- und Grundsatzlosigkeit.

Als naturrechtliches Prinzip bietet Gerechtigkeit zwar keine Detaillösung an, aber normative Imperative. „Jedem das Seine“ ist ein Appell, den die Christliche Soziallehre aus der klassischen Philosophie übernommen hat. Was „das Seine“ sei, ist freilich von dem Menschenbild abhängig, welches gelten soll. „Das Seine“ in einer kollektivistischen Anthropologie ist etwas anderes als „das Seine“ in einem individualistischen und noch anders in dem christlichen Ansatz, welcher das individuelle und das soziale Wesen des Menschen in der Personalität integriert. Gesicherte Auffassung in der christlichen Anthropologie ist, daß der Mensch ambivalent ist, wessensgleich und individuell differenziert. Die menschliche Gesellschaft versammelt in sich Gleiches wie Unterschiedliches.

Die Gerechtigkeit empfiehlt, „Gleiches gleich“ und „Ungleiches ungleich“ zu behandeln. Auf den ersten Blick erscheint diese Aufforderung banal. Als Maßstab für die Politik der CDU hat dieser Gerechtigkeitsbegriff jedoch ein hohes Kritikpotential. Daß die Einkommenslage der Steuerpflichtigen ungleicher ist, als daß die Antwort darauf – wenig differenziert – auf einem Bierdeckel untergebracht werden könnte, leuchtet jedem ein, falls er seinen gesunden Menschenverstand nicht verloren hat. Beispielsweise behandelt auch die Kopfpauschale Ungleiches gleich. Der Spitzenverdiener wird pauschal wie der Geringverdiener angesehen. Das ist das Wesen einer Pauschale. Pauschal gleich werden Cheffahrer und Chef gefordert. Staatliche Zuschüsse sollen den proportionalen Nachteil für den Minderbemittelten ausgleichen. Das jedoch widerspricht dem Subsidiaritätsprinzip, weil der Staat für eine Aufgabe zur Hilfe gerufen wird, welche die Sozialversicherung mit proportionalen Beiträgen aus eigener Kraft selbst lösen kann.

Wer ohne Prinzipienorientierung handelt, kommt ins Rutschen wie jeder, der die schiefe Bahn mit Schmierseife an den Sohlen betritt. Man muß gar nicht erst Thomas von Aquin studieren, um die Klugheit der Christlichen Soziallehre zu verstehen. Ein Teil derjenigen – so darf man annehmen –, die bei der Bundestagswahl 2005 der

CDU nicht ihre Stimme gegeben haben, haben sie möglicherweise besser verstanden als die Delegierten auf dem Leipziger Parteitag (2003). Es gibt ein offenbar angeborenes Gefühl für Gerechtigkeit, und dieses Gefühl hat die neoliberale CDU sträflich verletzt.

Gerechtigkeit – bisweilen hat man den Eindruck, die CDU fürchtet den Begriff wie der Teufel das Weihwasser. Wenn sie den Gebrauch des Wortes „Gerechtigkeit“ schon nicht umgehen kann, dann versucht sie, diesen Begriff krampfhaft umzubiegen. Erst wurde Gerechtigkeit mit „Fairneß“ übersetzt. Gerechtigkeit ist jedoch kein Verhaltensmuster und auch kein Schmiermittel, das lediglich dafür sorgt, daß das gesellschaftliche Getriebe nicht knirscht. Einen fairen Fußballspieler würde ich noch nicht als gerechten Fußballspieler bezeichnen. Eine Verhaltensregel wie die Straßenverkehrsordnung ist nützlich. Sie deshalb schon gerecht zu nennen, ist zu hoch gegriffen. Auch „Verlässlichkeit“ wird als zentraler Wert der Gerechtigkeit angepriesen. Aber Verlässlichkeit ist eine sekundäre Tugend, die selbst ein Dieb beherzigen kann.

Um den normativen Zwängen der alten Gerechtigkeit zu entfliehen, wurden neue Wortschöpfungen zu Hilfe gerufen. Verteilungsgerechtigkeit wird offenbar als verkappter Sozialismus empfunden, obwohl die „iustitia distributiva“ schon in der Antike bekannt war. Beteiligungsgerechtigkeit soll an ihre Stelle treten. Das Wort erscheint wie ein semantischer Fluchtversuch, mit dem offenbar die Zumutungen der Verteilungsgerechtigkeit entschärft werden sollen. Denn tatsächlich verlangt die Verteilungsgerechtigkeit, daß die einen etwas abgeben müssen, bevor die anderen etwas erhalten können. Das setzt auch eine Beteiligungsgerechtigkeit nicht außer Kraft.

Eigenverantwortung, die im christlichen Gerechtigkeitsverständnis eine wichtige Ordnungsfunktion übernimmt, wird in der neuen Debatte sogar gegen Verteilungsgerechtigkeit ins Feld geführt und soll offenbar die Zuständigkeiten des Gerechtigkeitsprinzips beschränken. Eigenverantwortung ist jedoch nicht der Kontrahent der Gerechtigkeit, sondern Teil einer gerechten Gesellschaft. Bekanntlich weist nicht das Teil dem Ganzen den Platz an. Wohin eine losgelassene Eigenverantwortung führt, konnte jedermann in New Orleans studieren. Die Eigenverantwortlichen stiegen in ihre Wagen, der Rest versank in den Fluten.

Ohne Gerechtigkeit funktioniert kein Staat. „Was sind Staaten ohne Gerechtigkeit anderes als große Räuberbanden?“ fragte schon Augustinus. Es geht in der Gerechtigkeit um drei Dimensionen: um die Tauschgerechtigkeit zwischen einzelnen, um die Verteilungsgerechtigkeit, welche die Pflichten der Gemeinschaft gegenüber dem einzelnen regelt, und um die legale Gerechtigkeit, welche die Pflichten des einzelnen gegenüber der Gesellschaft bestimmen. Erst in diesem Kosmos von Rechten und Pflichten entfaltet sich die Kraft des christlichen Gerechtigkeitsbegriffs. Was auch immer gescheite Formulierungskünstler und Begriffsakrobaten zur Gerechtigkeit sagen, ganz alt und dennoch zukunftsträchtig bleibt die Einsicht: Starke Schultern müssen mehr tragen als schwache.

Arbeitnehmerbeteiligung – Eigentum für alle

Die Forderung nach investiver Beteiligung der Arbeitnehmer bleibt eine der großen Zukunftsaufgaben der christlichen Sozialbewegung. Man kann es wenden wie man will: Wenn die Arbeitnehmer beim Verteilungskampf auf den konsumptiven Teil des volkswirtschaftlichen Ergebnisses abgedrängt werden, bleiben sie immer zweiter Sieger. Man kann nicht „mehr herausholen“ als „verfüttert“ werden kann, das Geld für Investitionen muß zurückgelegt werden. Aber wieso werden die Arbeitnehmer nicht an den Investitionen beteiligt, die sie durch Arbeit und Lohnzurückhaltung miterwirtschaftet haben? Wenn die Kapitaleseite ihre Dividenden, die Arbeitnehmer den Lohn vom Ergebnis abgezweigt haben, wieso gehört dann das, was übrigbleibt, nur der einen Seite? Der gerechte Lohn ist keine Buchhaltergröße. Aber Lohn ohne Teilhabe an den Investitionen bleibt „ungerechter Lohn“.

Die Mitbeteiligung der Arbeitnehmer an den Investitionen, die als Ertragsbeteiligung zum Beispiel nachträglich abgerechnet wird, können die Tarifverhandlungen entspannen. Weder Arbeitgeber- noch Arbeitnehmerseite muß also fürchten, beim Aushandeln des Standardlohns über den Tisch gezogen zu werden. Wo nichts ist, gibt es auch nachträglich nichts nachzuholen. Wo aber nachträglich mehr übrig bleibt als geschätzt und vereinbart wurde, wird korrigierend nachgebessert. Die Ertragsbeteiligung ist also eine vertrauensbildende Maßnahme einer partnerschaftlichen Gesellschaft.

Mit der investiven Beteiligung der Arbeitnehmer würde auch jenes vagabundierende Finanzkapital, das ohne Bezug zur Arbeit Börsenpolitik betreibt, wieder Boden unter die Füße bekommen und an die Arbeit gekoppelt werden. Die institutionellen Anhänger, als deren Speerspitze die Pensionsfonds gelten, haben schon genug Verwirrung in der Weltwirtschaft angerichtet und ganze Währungen – wie beispielsweise 1995 die mexikanische – ausgehebelt. Sie unterminieren jede Unternehmenskultur, weil sie von der Hand in den Mund leben und nur am Tageskurs interessiert sind, so daß eine langfristige Unternehmensstrategie keinen Spielraum erhält. Diese Börsenhopper bekämen mit einer breiten Beteiligung der Arbeitnehmer das Trampolin der Spekulation unter den Füßen weggezogen. Kapital und Arbeit darf man nicht einem wildgewordenen Kapitalismus überlassen, denn der Mensch ist wichtiger als jede Sache. Eigentum in Arbeitnehmerhand ist eine wichtige Ergänzung der Sozialversicherung.

Die Güter dieser Erde sind für alle da. Das ist der unumstößliche Satz des primären Naturrechts. Das Privateigentum erscheint bei Thomas von Aquin erst auf der sekundären Ebene des Naturrechts, und es rechtfertigt sich erst dadurch, daß es besser geeignet ist, das allgemeine Nutzungsrecht der Erdengüter sicherzustellen. Wenn jedoch der große Teil der Menschheit nichts hat und einige wenige alles, verliert das Privateigentum seine naturrechtliche Legitimation. 358 Milliarden, die die Hälfte des Weltvermögens besitzen, sind ein gefährlicherer Angriff auf

die Institution des Privateigentums, als ihn Karl Marx je zustandegebracht hat. Die Systemüberwinder haben sich unbemerkt in den Börsen der Welt eingenistet.

Die große Zeit der Christlich-Sozialen liegt nicht hinter uns, sondern vor uns, wenn wir die Chancen ergreifen. Mit der Niederlage des Sozialismus ist nicht der Sieg des Kapitalismus verbunden. Die klügeren Köpfe des Liberalismus wußten das frühzeitig. Wilhelm Röpke und Alexander Rüstow wußten, daß der Wettbewerb nicht alles ist und daß er eingebettet werden muß in eine Lebensordnung, die nicht allein durch Rivalität bestimmt ist. Alfred Müller-Armack sprach von einer dritten Phase der Sozialen Marktwirtschaft, in der die Fragen der gesellschaftlichen Ordnung in den Vordergrund treten. Vom Programm Ludwig Erhards „Wohlstand für alle“ unterscheidet sich der Kapitalismus wie das Wasser vom Feuer. Er macht die Reichen reicher und die Armen ärmer. Aus dem Versagen von Sozialismus und Kapitalismus zu lernen, durch eigene Fehler klüger zu werden, der Gottesebenenbildlichkeit des Menschen zu vertrauen, vom Verlangen nach Gerechtigkeit getrieben zu werden – das ist die Spur, der die Christlich-Soziale Bewegung folgen muß.